

CO₂-Speicher: Bund ködert Länder mit Milliarden

**Koalition prüft Abgabe auf Kohlendioxid-Speicher
und will Landesregierungen mehr Mitsprache
einräumen
berlin**

Im Streit um die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid will die Bundesregierung den Ländern und Bürgern offenbar weit entgegengekommen. So sollen die Länder im neuen Gesetzentwurf, den Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) gerade erarbeiten, finanziell entlastet werden. Auch bekommen sie mehr Einfluss bei der Auswahl von möglichen Standorten für CO₂-Speicher. Das Recht, die Einrichtung solcher CCS-Anlagen auf ihrem Territorium von vornherein abzulehnen, werden sie aber wohl nicht erhalten.

Wie der zuständige Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, Detlef Dauke, auf einem Fachkongress in Berlin erklärte, habe man bei den laufenden Gesprächen über ein CCS-Gesetz „die Erfahrungen des letzten Jahres mitgenommen“. Damals hatte starker Widerstand vor allem aus Schleswig-Holstein dazu geführt, dass die große Koalition ihren fertigen Gesetzentwurf zurückzog. In den Kreisen Nordfriesland, Ostholstein und Plön war der Energiekonzern RWE mit Voruntersuchungen für Speichieranlagen vorgeprescht, was heftigen Protest in der Bevölkerung auslöste. „Wenn wir jetzt deutlich machen, dass der Bund die Länderinteressen berücksichtigt, werden wir zu einer guten Lösung kommen“, sagte Brüderles Energieexperte:

Wie Dauke erklärte, denke die Bundesregierung nun „tabufrei“ über eine Speicherabgabe nach, die CCS-Betreiber an das Standort-Land zahlen müssten. Eine solche Gebühr für eingelagertes CO₂ hatte Schleswig-Holstein bereits vergangenes Jahr mit anderen Bundesländern gefordert. Im Gespräch waren fünf Euro pro Tonne – was langfristig auf 1,5 Milliarden Euro jährlich für die Länderhaushalte hinauslaufen könnte. Der Bund hat die Abgabe bisher abgelehnt.

Außerdem will die Regierung nun offenbar mit ins Haftungsrisiko gehen. Während nach dem alten Gesetzentwurf 70 Jahre lang der Betreiber und anschließend die Länder für eventuelle Schäden aus der CO₂-Speicherung haften sollten, ist der Bund nach Daukes Worten inzwischen bereit, nach 70 Jahren mit einzuspringen. „CCS ist eine gesamtstaatliche Aufgabe“, sagte Dauke. „Da müssen wir auch eine gesamtstaatliche Haftung prüfen – und da beziehe ich den Bund mit ein.“

In die brisante Standortdebatte kommt ebenfalls Bewegung. Wie Dauke erklärte, prüfe man die „Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder in der Frage, wo gespeichert werden kann“. Wie diese Möglichkeiten genau aussehen sollen, blieb allerdings offen. Das Recht zu einem prinzipiellen Verbot der Speicher, wie Schleswig-Holstein es will, soll ein Bundesland nicht erhalten: „Ein opting out wird es nicht geben“, sagte Dauke gegenüber unserer Zeitung. „Sonst bräuchten wir ja kein Bundesgesetz zu machen.“ Der nordfriesische CDU-Bundestagsabgeordnete und Umweltexperte Ingbert Liebing verlangt jedoch, dass die Länder über das Raumordnungsrecht bestimmte Regionen als Standort ausschließen können müssten – im Extremfall sogar alle. Diese Forderung erhebt auch Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU).

Im neuen CCS-Gesetz will die Bundesregierung nicht zuletzt auf die Bürger zugehen. So hätten Grundstücksbesitzer nach dem alten Entwurf Erkundungsarbeiten von Speicherbetreibern auf ihrem Gelände einfach dulden müssen. Jetzt wolle man eine „bürgerfreundliche eigentumsrechtliche Ausgestaltung“, sagte Dauke.

Die unterirdische Kohlendioxid-Speicherung gilt als wichtiges Instrument, um den Ausstoß des Treibhausgases in die Erdatmosphäre zu verringern und den Klimaschutz voranzubringen. Allerdings sind Sicherheitsfragen umstritten. In Schleswig-Holstein befürchten die Bürger eine Gefährdung des Trinkwassers, einen Austritt von Kohlendioxid aus der Erde, einen Wertverlust ihrer Grundstücke sowie negative Auswirkungen auf den Tourismus. Der Energiekonzern RWE hat seine Pläne zur Einrichtung einer CCS-Anlage in Nordfriesland oder Ostholstein wegen des großen Widerstands der Bürger kürzlich aufgegeben. Derzeit ist in Deutschland nur noch eine Anlage in Brandenburg geplant. Henning Baethge